



## TISA

# Neoliberale Bedrohung für den Service public

**Der neoliberale Geist treibt in internationalen Gremien wie der WTO<sup>1</sup> noch immer sein Unwesen. Die Schweiz verhandelt seit 2012 mit, wenn es um die Liberalisierung von Wasser und Abwasser, Bildung, Bahn etc. geht.**

### Was ist TISA?

Gemäss TISA, «Trade in Services Agreement», müssen alle Bereiche, in denen es neben den öffentlichen auch private Anbieter gibt, den Regeln des «freien und unverfälschten Wettbewerbs» unterstellt werden. Regierungen müssen öffentliche und private Anbieter im selben Ausmass subventionieren, vor allem aber kann ein einzelnes Land nicht mehr selbst darüber entscheiden, welche Bereiche des Service public es liberalisiert. Liberalisiert ein Land einen Teil seiner öffentlichen Dienste, müssen alle anderen Vertragsländer nachziehen und diesen Bereich ebenfalls freigeben. So können schnell auch Bildung, Erziehung, Betreuung, Gesundheitswesen, Wasser, Abwasser, Müllabfuhr etc. dem Zwang zur internationalen Ausschreibung ausgesetzt werden. Weiter soll das Herkunftslandprinzip angewendet werden. Ein ausländischer Leistungserbringer untersteht der Gesetzgebung seines Niederlassungs-Landes. Schlimmer noch: Bei Konflikten entscheidet ein übernationales Schiedsgericht, beruhend allein auf den Bestimmungen des Abkommens. Nationale Gesetze würden zur Entscheidungsfindung nicht beigezogen.

### Konsequenzen

Angenommen, die Gemeinden einer Bergregion haben sich in Sachen Trinkwasser und Abwasser zusammengeschlossen: Sie gründen eine öffentlichrechtliche Gesellschaft und delegieren ihr die Wasserversorgung. Ein vernünftiger Schritt. Im Rahmen von TISA



jedoch müssten solche Aufträge an ausgelagerte Gesellschaften öffentlich und international ausgeschrieben werden. Ein mögliches Szenario: Die multinationale Firma Suez erkämpft sich gerichtlich das Recht zur Offertstellung. Bei einem deutlich günstigeren Angebot muss sie zwingend den Zuschlag erhalten. Für Unterhaltsarbeiten könnte die Firma auf günstige «entsandte» Mitarbeitende aus Panama zurückgreifen, die dem panamaischen Arbeitsrecht unterstehen und durch keinen GAV und auch nicht durch das schweizerische Arbeitsrecht geschützt wären. Das wäre das Ende des Rechtsstaates.

In Europa gibt es bereits heute Beispiele für folgenschwere Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen: so die Teilliberalisierung des Schweizer Strommarktes, die zu höheren Strompreisen führte. Und seit 1989 in England die Wasserversorgung privatisiert

wurde, haben sich die Wasserpreise verdreifacht. Die Besitzerfirmen wechseln ständig und die Infrastruktur zerfällt. Die Stadt Paris rekommunalisierte ihre Wasserversorgung 2010, seither bleiben die Preise stabil und die Trinkwasserqualität stieg.

### Wer steckt hinter TISA?

TISA wurde anfangs 2012 von den USA lanciert, nachdem die Neuverhandlungen des GATS<sup>2</sup> gescheitert waren. In der Gruppe «Real Good Friends of Trade in Services – RGF» (die wirklich guten Freunde des Dienstleistungshandels) erarbeiten die «willigen» Mitglieder ein Abkommen, das die grenzüberschreitende Liberalisierung auch der öffentlichen Dienstleistungen und die Schwächung der politischen Kontrollen zum Ziel hat. Zu den «Willigen» gehört auch der Schweizer Bundesrat.<sup>3</sup> Über TISA soll bereits dieses oder nächstes Jahr entschieden werden.

<sup>1</sup> World Trade Organisation

<sup>2</sup> GATS (Global Agreement on Trade in Services) regelt seit 1995 den Handel mit Dienstleistungen. In den Länderlisten deklariert jeder Mitgliedstaat, auch die Schweiz, welche öffentlichen Dienstleistungen er dem GATS unterstellen will und welche nicht. In der Schweiz sind bisher Wasser, Abwasser, Bildung etc. vom Zwang der internationalen Ausschreibung ausgenommen.

<sup>3</sup> siehe [www.seco.admin.ch/themen/00513/00586/04996/index.html?lang=de](http://www.seco.admin.ch/themen/00513/00586/04996/index.html?lang=de)



**Eva Schaffner** von Aarau ist Vizepräsidentin der SP Kanton Aargau und Einwohnerrätin.

## EDITORIAL

### Verhandelt wird geheim

Bei TISA geht es um den «freien und unverfälschten Wettbewerb». Eine solche neoliberale Welle hatten wir doch auch schon, mit ziemlich verheerenden Auswirkungen.



Nur, weil etwas neu heisst, wird es nicht zwingend besser.

Die, die im Aargau hinter den Kulissen die politischen Fäden ziehen, wollen mit einem ehemals als Leistungsanalyse bezeichneten Sparpaket Ähnliches erreichen. Man redet im Aargau von einem «strukturellen Defizit» und wundert sich beispielsweise, dass mehr Kinder mehr Schulzimmer und Lehrpersonen brauchen. Nicht aber über die selbst verschuldeten Steuerausfälle durch die Steuergeschenke der letzten Dekade. Also will man jetzt Wichtiges auf dem Buckel der Mehrheit und der Schwächsten wegsparen. Dann können Private gewinnorientiert und preistreibend in die Bresche springen.

Bei TISA und beim Sparpaket gleich: Die verborgenen Ziele dahinter werden, obwohl neuerdings dank Facebook, Twitter und Co. «alles» anscheinend transparent ist, nicht offen gelegt. Und die Gelackmeierten werden wir sein. Wenn wir es nicht merken und uns vorher dagegen wehren. Da wir's bemerkt haben und uns wehren, werden wir von den Bürgerlichen und auch der Presse als „destruktive, nicht lösungsorientierte Kräfte“ bezeichnet. Liebe Genossin, lieber Genosse, auch Du hast bemerkt, was da abgeht. Wehrst Du Dich mit mir zusammen? Zum Start und zum Beispiel am 6. Mai in Aarau?

### Aufruf zur Kundgebung Seite 11

**Marco Hardmeier** von Aarau ist Präsident der SP Kanton Aargau und Vizepräsident des Grossen Rates.

## KOMMENTAR

## Nein zur überflüssigen Initiative

Selten sind sich die Mitglieder über alle Parteigrenzen hinweg so einig. Die Kommission für Bildung, Kultur und Sport hat an ihrer Sitzung vom 14. November 2013 gar einen einstimmigen Beschluss gefällt: Sie findet die Volksinitiative «Ja für Mundart im Kindergarten» überflüssig und lehnt sie mit 13:0



Stimmen ab. Der Grosse Rat folgte seiner Kommission am 3. Dezember mit 92:34 Stimmen und lehnt die Volksinitiative ebenfalls ohne Gegenvorschlag ab. Doch das klare Resultat darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der Bevölkerung breite Sympathien für das Anliegen gibt. Zwar lehnten am 22. September 2013 die Luzerner eine gleichlautende Mundart-Initiative mit 53,2 Prozent ab, doch im Kanton Zürich wurde eine solche am 15. Mai 2011 mit 54 Prozent angenommen, obwohl der Kantonsrat sie abgelehnt hatte. Dabei gibt es wirklich überhaupt keinen Grund, die Standardsprache aus dem Kindergarten zu verbannen. In unseren Kindergärten wird bereits Mundart gesprochen. Die Kindergartenlehrpersonen haben lediglich den Auftrag, während eines Drittels des Unterrichts Schriftdeutsch zu sprechen. Kein Kind wird gezwungen, Hochdeutsch zu sprechen. Die Kinder erleben Hochdeutsch in Kindersendungen und Filmen im Fernsehen, hören Geschichten auf CDs oder lassen sich solche in Hochdeutsch vorlesen. Sie verwenden Hochdeutsch spontan, pflegen einen spielerischen Umgang damit und haben keine Berührungängste. Lassen wir ihnen doch die Freude an der Sprache und erleichtern wir ihnen erst noch den Übergang vom Kindergarten in die Schule!

**Thomas Leitch** von Wohlen ist als SP-Grossrat Präsident der Kommission für Bildung, Kultur und Sport und Präsident der SP Bezirk Bremgarten.

## MINDESTLOHNINITIATIVE

## Ja zu mehr Lohnschutz, Einkommen und Rente!

**Die Mindestlohn-Initiative «Für den Schutz fairer Löhne» ist ein Volksbegehren aus unseren Reihen. Dieses kommt am 18. Mai zur Abstimmung und führt bei Annahme zu mehr Lohnschutz, Einkommen und Rente.**

Das Erfolgsmodell Schweiz heisst Ausgleich. Und sicher nicht schlechte, nicht existenzsichernde Löhne, wie uns das diese Tage einige «Wirtschaftsführer» weismachen wollen. Faire Unternehmen bezahlen heute schon faire Löhne. Bei einer Annahme warm anziehen müssen sich dagegen Rappenspalter und Lohndrücker.

**Mehr Lohnschutz**

Die Mindestlohninitiative will in ihrem ersten Teil, dass Bund und Kantone Massnahmen zum Schutz der Löhne auf dem Arbeitsmarkt treffen. Sie verlangt zu diesem Zweck insbesondere die Festlegung von orts-, berufs- und branchenüblichen Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen und deren Einhaltung. Da bis heute jedoch über 50 Prozent der Arbeitsverhältnisse keine gesamtarbeitsvertraglich geregelten Mindestlöhne kennen, braucht es auch einen gesetzlichen Mindestlohn, der gemäss dem zweiten Teil der Initiative 22 Franken pro Stunde beträgt. Die Erfahrungen aus Branchen, die heute schon Mindestlöhne kennen, zeigen ganz klar: Mindestlöhne sind der beste Schutz gegen Lohndumping, und zwar nicht nur für die Arbeitnehmenden, sondern auch für die Arbeitgebenden, die bereits anständige Löhne bezahlen.

**Einkommen zum Auskommen**

Über 300 000 Menschen in der Schweiz verdienen weniger als 4000 Franken im Monat. Nicht wenige davon sind sogenannte Working Poor. Was heisst das? Das sind Menschen, die voll arbeiten und von ihrem Lohn nicht leben können. Rund 95 Prozent aller Personen, die trotz Arbeit auf Sozialhilfe angewiesen sind, haben ein Einkommen von unter 4000 Franken. Solche prekären Arbeitsverhältnisse müssen heute dann oft mit Steuergeldern, nämlich via So-

zialämter, gestützt werden. Das ist unwürdig, unfair und falsch. Wer voll arbeitet, soll davon auch leben können.

**Tiefe Löhne – tiefe Renten**

Tiefer Lohn heisst auch tiefe Rente. Tatsache ist: Nur gerade ein Drittel der Männer und weniger als ein Fünftel der Frauen können auf Leistungen aus allen drei Säulen zurückgreifen. Diejenigen, die das ganze Leben zu Tiefflöhnen krampfen müssen, sind auch die Leute, die im Alter eine tiefe Rente haben.

Wieso ist das so? Sie haben einkommensbedingt ein kleineres Pensionskassenguthaben, und sie haben oft keine Möglichkeit, Geld für eine dritte Säule zu sparen. Sie werden also doppelt bestraft.

Armut trotz Arbeit in der reichen Schweiz: Das ist eigentlich ein Skandal. Während die Einen den Hals kaum voll bekommen mit Millionensalären, müssen andere schauen, wie sie Ende Monat die Miete noch bezahlen können. Der Kuchen muss wieder gerechter verteilt werden. Davon profitieren würden auch die Binnen-

wirtschaft und insbesondere die KMU, weil die Kaufkraft in der Breite zunehmen würde. Das führt dazu, dass man sich den Kinobesuch leisten kann, dass man vielleicht zusätzlich noch einen Kaffee trinken gehen kann, und dies wiederum führt zu neuen Jobs.

*Ja zur Mindestlohn-Initiative heisst Ja zu mehr Lohnschutz, Einkommen und Rente!*

## Was verdient die nette Bedienung in deinem Lieblings-Café?



**Max Chopard-Acklin** aus Obersiggenthal ist SP-Nationalrat und Vorstandsmitglied des Aargauischen Gewerkschaftsbundes.



TAG DER ARBEIT 2014

# 1.-Maifeiern im Aargau



## AARAU Kirchplatz

15.50 Uhr: Umzug ab Bahnhofplatz beim Bushof (Besammlung 15.30 Uhr)

16.30 Uhr: Ansprachen auf dem Kirchplatz: Pedro Lenz, Dichter und Schriftsteller, Olten, Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, Nussbauern, Claudia Mauchle, Juso/Vorstand AGB, Unterkulm, Moderation: Bajram Arifaj, Unia-Sekretär, Aarau, ab 15 Uhr, Kirchplatz: Festwirtschaft, Info- und Marktstände, Tanzgruppe RINIA, Spreitenbach, Musik mit «Real Silk» (Coverrock)

## BADEN Bahnhofplatz

(Bezirke Baden und Zurzach)  
Ab 11.30 Uhr Festbeginn auf dem Bahnhofplatz. 14 Uhr: Kundgebung durch Baden. 13.15 Uhr: Begrüssung Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, Präsident Forum 1. Mai Baden. 13.30 Uhr: Chris Kelley, Sekretär Unia Aargau, Baden. 15.30 Uhr: Andy Tschümperlin, Nationalrat, Präsident SPS-Bundeshausfraktion. 16.15 Uhr: Viviane Hösli, Grossrätin SP, Vizepräsidentin AGB, Zofingen. Moderation: Anna Andermatt, Grossrätin SP. Ab 20.30 Uhr: Konzert im Royal. 11.30–18 Uhr, Bahnhofplatz: Festwirtschaft & Grill. 12–13.30 Uhr: Mittagessen (Spaghetti und Salat), 15–17 Uhr: Kinderprogramm, 20.30–24 Uhr im Royal, Baden: Punk-Rock-Konzert von REDSKA aus Italien, www.redska.com

## LENZBURG Metzplatz

16.45 Uhr: Jonas Hasenfratz, Vorstand JUSO Aargau, Muri. 17.15 Uhr: Silke Treusch, Sekretärin Unia Aargau, Zürich. 18 Uhr: Fabian Molina, Präsident JUSO Schweiz, GL SP Kt. ZH. Moderation: Christian Capacoel, Unia-Sekretär, Aarau. Festwirtschaft Grill und traditionelles Mittagessen, Früchtestand/Cocktails, Kaffee und Kuchen, Infostände, Töggeli und Ping-Pong-Tische, 15–16.30 Uhr: Musikalisches Intermezzo, ca. 19 Uhr Festende

## ZOFINGEN Markthalle

Ab 15 Uhr: Maifeier in der Markthalle. Ab 16 Uhr Ansprachen: Cédric Wermuth, Nationalrat SP, Baden, Lelia Hunziker, Geschäftsführerin Integration Aargau, Vizepräsidentin Einwohnerrat Aarau, Pascal Pfister, Sekretär Unia Aargau, Basel. Moderation: Martin Zimmerli, Präsident Maifeierkommission Zofingen. Musik mit «Has im Gras» (Coverband), Tombola. Ab 15 Uhr: Festbeiz der SP Oftringen

## BRUGG Neumarktplatz

17 Uhr: Festbeginn, Apéro. Ab 17.30 Uhr: Ansprachen: Kurt Emmenegger, Grossrat SP/Präsident Aarg. Gewerkschaftsbund, Baden, Helmut Hubacher, ehem. Nationalrat, Basel, Martin Brügger, Grossrat SP, Brugg. Moderation: Sascha Schenker, Vorstand SP Bezirk Brugg. Apéro, Kulinarisches vom Grill, Slampoetry mit Lisa Christ

## RHEINFELDEN Schiffflände und Im Rumpel

(Bezirke Laufenburg und Rheinfelden)  
Ab 11.30 Uhr im Clublokal Colonia Libera Im Rumpel, Rheinfelden. 13.30 Uhr Demo-Marsch zur Schiffflände. Treffen mit deutschen Kolleginnen, Apéro an der Schiffflände. 14 Uhr, Schiffflände: Katrin Distler, DGB, Präsidentin Interregionaler Gewerkschaftsrat (IGR) Dreiländereck, 15 Uhr, Festplatz im Rumpel: Daniel Lampart, Chefökonom SGB, Zürich, Yvonne Feri, Nationalrätin

SP, Präsidentin SP Frauen Schweiz, Cesidio Celidonio, Sinistra Ecologia Libertà SEL Svizzera, Olten. Moderation: SP-Bezirkspräsidien Rheinfelden und Laufenburg. Festbetrieb im Rumpel: Enzos Spaghetti, Unterhaltung mit Donato. ca. 20 Uhr Festende

## BEZIRK KULM Aula Unterkulm

Mittwoch, 30. April, ab 18.30 Uhr Ab 19.30 Uhr, Ansprachen: Christian Capacoel, Sekretär Unia Aargau, Claudia Mauchle, Juso/Vorstand AGB, Unterkulm. Begrüssung: Manuela Basso, Gemeinderätin, SP Unterkulm. Ab 18 Uhr: rote Spaghetti, Infostände solidarissime, Gewerkschaften.

## WOHLEN Bleichi

(Bezirke Bremgarten und Muri)  
17 Uhr: Beginn Maifeier. Ab 17.15 Uhr, Ansprachen: Jacqueline Fehr, Nationalrätin SP, Winterthur, Daniel Lampart, Chefökonom SGB, Zürich. Begrüssung: Arsène Perroud, Gemeinderat, Präsident SP Wohlen. Ab 18 Uhr: Festwirtschaft, musikalisches Rahmenprogramm

**Aktuelle Reden**  
ab 1. Mai (30. April) auf  
[www.agb.ch/1mai](http://www.agb.ch/1mai)

## Keine SPARschweinereien im Aargau!



## Auf zur Demo!

gegen Bildungsabbau und gegen Sparen auf dem Buckel der Bevölkerung.

**Dienstag, 6. Mai 2014**

**17 Uhr beim Grossratsgebäude in Aarau**

Die Aargauer Gewerkschaften fordern:

- kein Sparen im Bildungs- und Sozialbereich;
- keine Reduktion bei der Energieförderung;
- keine Senkung der Prämienverbilligung!

Das Sparpaket von Regierung und Grosse Rat ist unsozial, ungerecht, für den sozialen Frieden kontraproduktiv und wird von den Aargauer Gewerkschaften abgelehnt.

## GRIPEN-ABSTIMMUNG

# 10 Milliarden verschwenden? Nein zum Gripen!

In der vergangenen Winter-session hat das Parlament gegen den Widerstand von SP und Grünen beschlossen, das Bundesbudget um 150 Millionen zu reduzieren – angeblich fehle das Geld. Das zumindest behauptet die bürgerliche Mehrheit tagein, tagaus. Ganz falsch ist das nicht, nur: Schuld daran sind nicht die zu hohen Ausgaben, sondern die katastrophalen Steuergeschenke an Superreiche und Unternehmen der letzten Jahre, allen voran der Steuerbschiss bei der Unternehmenssteuerreform II. Mit den Sparübungen sollen jetzt die Bürgerinnen und Bürger diesen steuerpolitischen Klassenkampf von oben finanzieren.

Die ewige Sparideologie kennt aber offenbar Ausnahmen, namentlich für die Armee. Wenn es darum geht, der Luftwaffe neue Spielzeuge zu besorgen, reissen alle finanzpolitischen Dämme. Schätzungsweise gegen 10 Milliarden dürfte uns der Kauf neuer

Kampffjets kosten (Kostenschätzung über die gesamte Lebensdauer inklusive Unterhalt und Nachrüstungen). Wer am Schluss die Rechnung bezahlen darf, ist auch klar: Satte 2600 Franken kostet der Gripen-Kauf jeden Haushalt in der Schweiz. Im Klartext geht es am 18. Mai darum, ob wir in den kommenden Jahren 10 Milliarden für den Ausbau des Sozialstaates, die Bildung unserer Kinder, das Gesundheitswesen und den ökologischen Umbau der Wirtschaft ausgeben wollen oder für Kampffjets. Ausgeben kann man das Geld nur einmal.

Die Beschaffung der 22 Gripen-Kampfflugzeuge ist umso fragwürdiger, als der Bundesrat noch in seinem Sicherheitspolitischen Bericht von 2010 explizit unterstrich, dass er den Kauf neuer Kampfflugzeuge aus militärstrategischen Gesichtspunkten für unnötig hält. Der Schweizer Luftraum ist auch ohne die neuen Flugzeuge zur Genüge geschützt. Der Wunsch nach

neuen Kampffjets ist also eher ein Kind aus Militärköpfen und von Kriegsfanatikern als die Folge einer sachlichen Analyse. Mehr noch: Den Gripen-Typ, den die Armee kaufen will, gibt es noch gar nicht. Er besteht erst auf dem Papier. Wir würden bei einem Ja also das Risiko tragen, Millionen an Vorschusszahlungen auszugeben für einen Flieger, der im dümmsten Fall gar nie fliegen wird. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern ist das nicht.

Weitere Informationen zum Abstimmungskampf gibt's auf [www.stop-gripen.ch](http://www.stop-gripen.ch), bei der SP Schweiz ([www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)) oder beim bürgerlichen Komitee gegen den Kampffjetkauf [www.neinzum-gripen.ch](http://www.neinzum-gripen.ch).



Cédric Wermuth von Baden ist SP-Nationalrat.

## ES GEHT WEITER MIT DEN SP FRAUEN AARGAU

Alle Frauen der SP Aargau, Mitglieder und Sympathisantinnen, sind herzlich eingeladen zur Frühlingskonferenz (ausserordentliche Frauenkonferenz)

am 15. Mai 2014, 19 Uhr, in Aarau

Die Lokalität steht noch nicht definitiv fest, sie wird euch mit der persönlichen Einladung bekannt gegeben. Wir freuen uns! Viviane Hösli und Elisabeth Burgener Brogli

## PAROLEN FÜR DIE ABSTIMMUNG VOM 18. MAI 2014

### EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN:

- Bundesbeschluss vom 19. September 2013 über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»)
- Volksinitiative vom 20. April 2011 «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»
- Volksinitiative vom 23. Januar 2012 «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)»
- Bundesgesetz vom 27. September 2013 über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz).

### KANTONALE VORLAGEN:

- Aargauische Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten».

Ja  
Nein  
Ja

Nein

Nein

## AGENDA

22. April, 6. und 20. Mai  
**Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau.**

Jeweils 18 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

28. April, 20 Uhr.

**Starkes Land. Faire Löhne.**

Podiumsdiskussion zur Mindestlohninitiative.

Kultur- und Kongresshaus Aarau.

Pro: Kurt Emmenegger, Grossrat SP, Irène Kälin, Grossrätin Grüne.

Kontra: Marianne Binder, Grossrätin CVP, Josef Füglistaller, Präsident GastroAargau. Moderation: Maurice Velati, Regionaljournal.

**Stand- und Bahnhofaktionen zur Mindestlohninitiative** siehe [www.agb.ch](http://www.agb.ch)

### Tag der Arbeit

Übersicht über die 1.-Mai-Feiern im Aargau auf Seite 11.

Dienstag, 6. Mai, 17 Uhr

**Keine SPARschweinereien im Aargau!**

Kundgebung vor dem Grossratsgebäude in Aarau (s. Seite 11)

15. Mai, 19 Uhr

**Ausserordentliche Frauenkonferenz der SP Frauen Aargau** in Aarau.

17. Mai, 19.30 Uhr

**Parteirat**

Restaurant Rathausgarten, Aarau

## IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43  
Postfach, 5001 Aarau  
Tel. 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75  
sekretariat(at)sp-aargau.ch  
[www.sp-aargau.ch](http://www.sp-aargau.ch)

Erscheint 9 Mal pro Jahr  
Auflage links.ag: 3066 Expl.

Redaktion: Katharina Kerr  
katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe  
17. März 2014

Redaktionsschluss nächste Ausgabe  
14. April 2014

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:  
Max Chopard-Acklin, Marco Hardmeier,  
Katharina Kerr, Thomas Leitch, Renato Mazzocco (1. Mai), Eva Schaffner,  
Cédric Wermuth.